Schlusserklärung des Gesundheitsministertreffens der deutschsprachigen Länder ("Gesundheitsquintett")

Kleine Scheidegg, 21.-22. August 2014

Wir, die Gesundheitsminister Deutschlands, des Fürstentums Liechtenstein, Luxemburgs, Österreichs und der Schweiz sind am 21. und 22. August auf der kleinen Scheidegg (CH) zum zweiten Jahrestreffen zusammengekommen und erklären:

1. Im Bewusstsein der vergleichbaren Herausforderungen, vor denen unsere Gesundheitssysteme stehen, wollen wir dank einer vertieften Zusammenarbeit zu einer kontinuierlichen Verbesserung der Qualität der Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung beitragen.
2. Die wechselseitigen Verknüpfungen und Verflechtungen bilden auch in gesundheitspolitischen Belangen einen wichtigen Grundstein der freundschaftlichen Beziehungen unserer Länder.
3. Anhand regelmässiger Treffen möchten wir einen festen Rahmen schaffen, um
   - einen wertvollen Wissens- und Erfahrungsaustausch insbesondere mit Blick auf die Reformbestrebungen in unserer Gesundheitsversorgung zu führen,
   - gemeinsame Vergleichsmaßstäbe für die Qualität unserer Versorgungssysteme zu setzen,
   - die Vertiefung in der Zusammenarbeit unserer Länder zu erreichen und
   - innovative Kooperationsprojekte und Lösungsansätze für gemeinsame Herausforderungen zu prüfen.

4. Wir sind uns einig, dass die Fragen, die wir an der diesjährigen Arbeitstagung erörtert haben, zu den wichtigen gesundheitspolitischen Herausforderungen in unseren Ländern gehören.

   i. Im Bereich des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung unterstützen wir die internationalen Bestrebungen zur Eliminierung der Masern in Europa bis 2015 sowie die koordinierte Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen. Entsprechende Kampagnen und Strategiepläne haben wir in Gang gesetzt.

   ii. Es ist uns ein gemeinsames Anliegen, medizinische Leistungsqualität und die Patientensicherheit in unseren Ländern nachhaltig zu sichern und zu erhöhen. Im Hinblick darauf messen wir der Bekämpfung von Krankenhausinfektionen eine hohe Priorität bei. In Abstimmung mit den Leistungserbringern möchten wir durch koordinierte Sensibilisierungsmassnahmen auf Risiken solcher Infektionen und deren schwerwiegende gesundheitliche Folgen aufmerksam machen. Von sämtlichen Einrichtungen, die medizinische Leistungen erbringen, erwarten und fordern wir eine konsequente Einhaltung der Hygienestandards. Gleichzeitig möchten wir auch Patientinnen und Patienten sowie deren Angehörige anhalten, sich beim Krankenhausaufenthalt risikobewusst zu verhalten.

   iii. Ebenso wichtig ist uns, dass die Transparenz über die Qualität der erbrachten Leistungen weiter erhöht wird. Wir anerkennen dies als eine grundlegende Vorausset-

zung, um den kontinuierlichen Verbesserungsprozess im Gesundheitswesen auch weiterhin in Gang zu halten.

iv. Die demographische Entwicklung in unseren Ländern erfordert von uns allen, dass wir uns vermehrt mit altersdegenerativen Krankheiten wie der Demenz auseinandersetzen. Es ist uns ein großes Anliegen, einen würdevollen Umgang mit den betroffenen Menschen zu gewährleisten. Entsprechend wollen wir in diesem Zusammenhang gesundheits- und gesellschaftspolitische Strategien erarbeiten, die

- die Erhaltung der Lebensqualität der Betroffenen und deren Angehörigen verfolgen,
- eine demenzgerechte Versorgung in der Akutmedizin sicherstellen,
- eine koordinierte Versorgung anstreben,
- die Früherkennung und Prävention fördern,
- den Pflege- und Betreuungsaufwand der Angehörigen anerkennen und
- die Gesamtbevölkerung für das Leiden sensibilisieren.

Die Vielschichtigkeit des Problems ist uns bewusst, und wir möchten deshalb, im kommenden Jahr ein gemeinsames Arbeitssymposium veranstalten, um den Erfahrungsaustausch zwischen unseren Ministerien in diesem Bereich weiter fortzuführen und zu vertiefen.

v. Wir betonen die gesundheits- und sozialpolitische Bedeutung des Zugangs zu innovativen Arzneimitteln und ihrer nachhaltigen und wirtschaftlichen Finanzierung. Zusammen möchten wir nach Lösungen für diese Herausforderungen suchen und die Systeme der Zulassung von Arzneimitteln zur Vergütung durch die Krankenversicherung sowie die entsprechende Preisbildung näher prüfen. Erste Ergebnisse dieser Untersuchung sollen beim nächstjährigen Treffen vorgestellt werden.

5. Aus aktuellem Anlass möchten wir auch unsere Besorgnis über den Ebola-Ausbruch in Westafrika zum Ausdruck bringen. Wir unterstützen die WHO, die nichtstaatlichen Organisationen sowie die internationale Gemeinschaft in ihren Bemühungen in Zusammenarbeit mit den betroffenen Ländern Westafrikas den Ausbruch bestmöglich unter Kontrolle und zu einem raschen Ende zu bringen. Wir wertschätzen und unterstützen den engagierten Einsatz des Gesundheitspersonals vor Ort. Unsere Krisenstäbe werden weiterhin eng zusammenarbeiten.
6. Wir freuen uns, unseren Austausch anlässlich des nächsten Treffens in Österreich im kommenden Jahr fortzuführen.

Für Deutschland: Bundesminister für Gesundheit Hermann Gröhe
Für das Fürstentum Liechtenstein: Regierungsrat Mauro Pedrazzini
Für Luxemburg: Gesundheitsministerin Lydia Mutsch
Für Österreich: Bundesminister für Gesundheit Alois Stöger
Für die Schweiz: Bundesrat Alain Berset

Kleine Scheidegg am 22. August 2014